

# Das Wahlprogramm von Die Linke

Wirtschaft, Arbeit und Soziales

# Das Wahlprogramm von Die Linke

- I. Ein Schutzschirm für Menschen
- II. Der Mensch im Mittelpunkt
- III. Zentrale Positionen
  - Wirtschaft
  - Steuerpläne
  - Arbeit
  - Soziales
- IV. Fazit/Diskussion

# I. Ein Schutzschirm für Menschen

- Ein grundlegend anderer Ansatz
- Anerkennung der wahren Krisenursachen in der herrschenden Wirtschaftsordnung, nicht bei einzelnen Personen/Organisationen
- Umverteilung der Steuer- und Beitragslast
- Öffentliche Daseinsvorsorge statt Privatisierung

# I. Ein Schutzschirm für Menschen

## Zentrale Forderungen

- Zukunftsfond und öffentliches Investitionsprogramm für Arbeitsplätze
- Stärkung sozialer Sicherungssysteme
- Millionärssteuer
- Staatliche Hilfen nur gegen Eigentumsanteile und Entscheidungsrechte
- Eine neue Wirtschaftsordnung

## II. Der Mensch im Mittelpunkt

- Das kapitalistische System ist gescheitert, es ist nicht an den Bedürfnissen der Menschen orientiert
- Stopp und Umkehr der Verteilung von unten nach oben
- Abwendung von Massenentlassungen
- Abwendung des sozialen Kahlschlags
- Massive staatliche Investitionen
- Den Menschen anstatt Konzerne und Banken in den Mittelpunkt stellen

## II. Der Mensch im Mittelpunkt

- Erhaltung der Handlungsfähigkeit des Staates
- Sicherung der Sozialsysteme
- 100 Milliarden öffentliches Investitionsprogramm (für Bildung, Klimaschutz, Verkehr, Gesundheit und neue Energiequellen)
- 100 Milliarden Wirtschaftsförderprogramm für Unternehmen, die Kapital brauchen, um sich sozial und ökologisch weiterzuentwickeln

## II. Der Mensch im Mittelpunkt

- Durch die Investitionsprogramme sollen 2 Millionen tariflich bezahlte, neue Arbeitsplätze entstehen
- Stopp der Privatisierung öffentlichen Eigentums und Verstaatlichung wichtiger Bereiche, wie Energie und Gesundheit sowie der Banken, damit diese sich auf ihre Kernaufgabe konzentrieren – die Versorgung der Unternehmen und Bürger mit Krediten
- Stopp der Ausgrenzung von Erwerbslosen, die sofortige Anhebung des ALG II- Satzes (Hartz-IV) auf 500 Euro und mittelfristig die Abschaffung von Hartz-IV
- Die sofortige Einführung eines Mindestlohnes (nach Beispiel Frankreichs), der innerhalb der Legislaturperiode auf 10 Euro angehoben wird

## II. Der Mensch im Mittelpunkt

- Stärkere Besteuerung sehr hoher Einkommen (Spitzensteuersatz)
- Stärkere Besteuerung hoher Erbschaften
- Stärkere Besteuerung von Konzerngewinnen
- Einführung einer Börsenumsatzsteuer
- Wiedereinführung der Vermögenssteuer

# III. Zentrale Positionen Wirtschaftspolitik

- Demokratisierung der Wirtschaft
- Staatliche Hilfen an Wirtschaftsunternehmen nur im Tausch gegen entsprechende Eigentumsanteile und Entscheidungsrechte
- Stärkung der betrieblichen Mitbestimmung
- Die Verstaatlichung privater Banken und deren strikte Kontrolle und Regulierung.
- Eine Börsenumsatzsteuer am Finanzplatz Deutschland und möglichst international
- Bekämpfung von Steueroasen und Währungsspekulationen
- Die Europäische Zentralbank auf nachhaltige Entwicklung und Beschäftigungssicherung verpflichten und der Kontrolle durch das Europäische Parlament und den Rat der Wirtschafts- und Finanzminister unterwerfen
- 100 Milliarden öffentliches Investitionsprogramm (für Bildung, Klimaschutz, Verkehr, Gesundheit und neue Energiequellen)
- 100 Milliarden Wirtschaftsförderprogramm für Unternehmen, die Kapital brauchen, um sich sozial und ökologisch weiterzuentwickeln/modernisieren
- Die Lohnquote am BIP soll wieder dauerhaft und kontinuierlich gesteigert werden
- Verbot von Massenentlassungen bei Unternehmen die nicht insolvenzgefährdet sind
- Wirtschaftsverbrechen und Korruption entschieden bekämpfen und bestrafen
- Privatisierungen in der Daseinsvorsorge rückgängig machen, den öffentlichen Sektor stärken
- Förderung kleiner und mittlerer Unternehmen

# III. Zentrale Positionen Steuerpläne

- Durch eine gerechte Steuerpolitik sollen Gering- und Mittelverdiener deutlich entlastet und Spitzenverdiener belastet werden
- Grundfreibetrag auf 9 300 Euro
- Kapitalerträge über dem Sparerfreibetrag grundsätzlich wieder mit dem persönlichen Steuersatz belasten,
- 53% Spitzensteuersatz ab 65 000 Euro, so dass Einkommen bis 70 245 Euro entlastet und die darüber stärker belastet werden
- Ehegattensplitting abschaffen und durch die steuerliche Berücksichtigung von Kindern und tatsächlichen Pflege- und Betreuungsausgaben ersetzen
- die steuerliche Absetzbarkeit von Managergehältern begrenzen
- Neuregelung der Pendlerpauschale ohne Berücksichtigung des genutzten Verkehrsmittel und deren Auszahlung, damit auch Beschäftigte mit geringem Einkommen davon profitieren,
- höhere Erbschaftssteuer bei einem Freibetrag von 150 000 Euro (für Kinder, Ehegatten, Lebenspartner und Erben über 60 Jahre das Doppelte), bei Betriebsvermögen wird nur das Anlagevermögen berücksichtigt
- Einführung einer Vermögenssteuer als Millionärssteuer (Privatvermögen über 1 Million mit mind. 5% belasten)
- Die Körperschaftssteuer wieder von 15% auf 25% erhöhen
- Den ermäßigten Mehrwertsteuersatz für weitere Bereiche einführen (z. B. Arzneimittel, Handwerksleistungen, Gastronomie)
- Kleine Unternehmen und Selbständige sollen die Umsatzsteuer erst nach Begleichung (Zahlungseingang) der entsprechenden Rechnung abführen müssen

# III. Zentrale Positionen Arbeit

- Extreme Fehlentwicklungen durch die falsche Wirtschaftspolitik und die Agenda 2010
- Ein-Euro-Jobs, Leiharbeit, Lohndumping, Lohnaufstockung, Vollzeit zu Minijobs
- Abbau öffentlicher Beschäftigung
- Perspektivenlosigkeit
- Weitere Verhärtung der Langzeitarbeitslosigkeit
- Folgen der Krise stehen noch aus

# III. Zentrale Positionen Arbeit

- 1-Euro Jobs in tariflich bezahlte Stellen umwandeln
- Gleicher Lohn für gleiche Arbeit (Frau/Mann, Ost/West, Alt/Jung)
- Keine Befristung von Arbeitsverhältnissen ohne sachliche Begründung
- Schutz der beruflichen Qualifikation bei Arbeitslosigkeit
- Leiharbeit strikt begrenzen, indem gleiche Arbeitsbedingungen und höherer Lohn (normaler tariflicher Lohn + Flexibilitätszuschlag) für Leiharbeiter gefordert werden und die maximale Ausleihdauer auf 6 Monate beschränkt wird.
- Verbot von befristeten Beschäftigungsverhältnissen bei Leiharbeitsunternehmen und den Einsatz von Leiharbeitern als Streikbrecher
- Bekämpfung von Scheinselbständigkeit
- Erpressung von Arbeitnehmer stoppen, Verhandlungsposition stärken (Mindestlohn, Kündigungsschutz ausbauen, Hartz-IV abschaffen, Anti-Mobbing-Gesetz, Arbeitnehmerdatenschutz stärken)
- Öffentliche Aufträge nur bei Einhaltung hoher sozialer und ökologischer Standards
- Wochenarbeitszeit von 40 auf 35 Stunden senken bei vollem Lohnausgleich
- Gewerkschaften und Betriebsräte mit neuen Rechten stärken
- Gute Ausbildung sichern (Ausbildungsumlage, tariflich festgelegte Mindestausbildungsentgelte, Jugendarbeitsschutz und Jugendvertretung stärken)
- Mindestvergütung für Praktika
- Abgrenzung von Ausbildungs- und Arbeitsverhältnissen: Berufseinstieg über reguläre Arbeitsverträge sichern
- Abschaffung von Diskriminierung (junger oder alter Arbeitnehmer und Frauen)
- Streikrecht ausbauen, Recht auf den politischen Streik

# III. Zentrale Positionen Arbeit

- Arbeit soll menschen- und familienfreundlich gestaltet und würdig entlohnt werden. Die Rechte von Arbeitnehmern und Gewerkschaften sollen klar gestärkt werden, bis hin zu Mitbestimmung bei unternehmerischen Entscheidungen (z. B. Neueinstellungen zu erzwingen).

# III. Zentrale Positionen

## Soziales

- CDU/CSU, SPD und Grüne haben mit Gesetzen wie Hartz-IV bewusst Existenzangst, Armut und Ausgrenzung zu ihren politischen Zielen gemacht. Das dadurch in Gang gesetzte Lohndumping war und ist politisch gewollt. Öffentliche Solidarsysteme wurden systematisch bekämpft, damit Wohlhabende ihre Privilegien ausbauen konnten und damit private Versicherungskonzerne sich an der Angst von Millionen Bürgern vor Altersarmut oder unzureichender Gesundheitsversorgung bereichern konnten und können
- Die vergangenen Regierungen haben gezielt daran gearbeitet, dass sich immer mehr Menschen aus dem solidarischen System verabschiedet haben. Die einen weil sie mit 1-Euro- oder Minijob, Leiharbeit usw. durch das zerschnittene Sozialnetz fallen und die anderen weil sie durch ihr hohes Einkommen vom Staat davon befreit werden
- Vor allem CDU/CSU, SPD und FDP wollen auch weiter aktiv daran arbeiten, dass die Einnahmen der Sozialversicherungssysteme immer weiter einbrechen, wobei die Wirtschaftskrise dieses Ziel noch enorm beschleunigen wird, und die Leistungen entsprechend immer weiter zusammengestrichen werden
- Die Gewinner werden die privaten Versicherungskonzerne und die Vermögenden sein, die Verlierer diejenigen die nicht genug verdienen damit sie von Sozialbeiträgen befreit werden und vor allem diejenigen die auf Sozialleistungen angewiesen sind

# III. Zentrale Positionen Soziales

- Die Linke fordert von allen Parteien eine Sozialstaatsgarantie. Alle sollen sich verpflichten Sozialleistungen nicht zu kürzen und Beitragszahler nicht weiter einseitig zu belasten.
- Die Linke fordert dass sich alle Bürger entsprechend ihres Einkommens an der Finanzierung der solidarischen Sozialversicherungssysteme beteiligen – ohne Beitragsbemessungsgrenzen

# III. Zentrale Positionen

## Soziales

- Rente
- Alle sollen sich an der Finanzierung beteiligen, auch Beamte, Selbständige und Politiker, ohne Beitragsbemessungsgrenze, aber mit einer Abflachung bei der Rentenhöhe
- Keine staatliche Förderung für private Versicherungskonzerne, die erworbenen Ansprüche und eingezahlten Mittel sowie staatliche Fördermittel werden in das Solidarsystem überführt
- Wiederherstellung einer Rentenformel ohne Kürzungsfaktoren, die Rente soll wieder der Lohnentwicklung folgen
- Verhinderung von Altersarmut durch eine stärkere Anrechnung von Zeiten der Erwerbslosigkeit, Kindererziehung, Pflege und Aufwertung niedriger Löhne, bessere Altersabsicherung für Frauen
- Absenkung des Rentenalters, keine Abschläge bei Rente ab 65, Förderung von Alters-Teilzeit sowie Erwerbsminderungs- und Berufsunfähigkeitsrenten
- Sofortziel: keine Rente unter 800 Euro

# III. Zentrale Positionen

## Soziales

- Gesundheitsversorgung
- Alle Bürger sollen mit all ihrem Einkommen, egal welcher Art und Höhe, von der gesetzlichen Krankenversicherung (GKV) erfasst werden und sich an ihrer Finanzierung beteiligen. Die Interessen von Pharmakonzernen und privaten Versicherungskonzernen sollen bei der Gesundheitspolitik keine Rolle spielen
- Abschaffung aller Zuzahlungen, Zugang zu allen Leistungen (inklusive Brillen und Zahnersatz)
- Keine elektronische Krankenkarte, keine Weitergabe von Patientendaten an Pharmaunternehmen, Gesundheitsdienstleistern oder Arbeitgeber
- Privatisierungen im Gesundheitsbereich rückgängig machen, gezielte Förderung und Planung um eine flächendeckende Versorgung sicherzustellen

# III. Zentrale Forderungen

## Soziales

- Arbeitslosenversicherung
- Arbeitslosigkeit muss als strukturelles Problem erkannt werden. Die Einteilung in Arbeitslose bzw. Menschen I. und II. Klasse muss beendet werden
- Das ALG-II soll zunächst auf 500 Euro angehoben werden und Hartz-IV perspektivisch abgeschafft und durch eine sanktionsfreie, bedarfsdeckende Mindestabsicherung ersetzt werden, damit Armut wirksam verhindert und die Bürgerrechte der Betroffenen bewahrt bleiben
- Ein-Euro-Jobs sollen in tariflich bezahlte Stellen umgewandelt werden
- Für die Zumutbarkeit von Arbeit werden für alle Erwerbslosen neue Bedingungen gestellt, die u. a. Qualifikation, Religion, Gesundheit und Wohnortnähe berücksichtigen
- Recht auf Teilnahme an Weiterbildungs- und Qualifizierungsmaßnahmen auf freiwilliger Basis für alle
- Keine Wohnungsbesuche bei Bedürftigen
- Ersatzlose Streichung der U25-Regelung
- Abschaffung der Bedarfsgemeinschaft, dafür gilt das Individualprinzip
- 20 000 Euro Schonvermögen pro Person, 700 Euro pro Lebensjahr für die Altersvorsorge
- Die Bezugsdauer von Arbeitslosengeld verlängern
- Kurzarbeitergeld in Krisenzeiten verlängern, aber Erstattungspflichten für Unternehmen erhöhen (Rückzahlung nach der Krise)
- Errichtung von Auffangs- und Beschäftigungsgesellschaften erleichtern
- Aktive Arbeitsmarktpolitik (Vermittlung, Qualifizierung, öffentlicher Beschäftigungssektor)

# IV Fazit/Diskussion